

Nach dem 1. Weltkrieg: Kampf um Demokratie

NOVEMBERREVOLUTION Kaisertreue hielten die neuen Verhältnisse für einen Betriebsunfall / Teil 1

Von Dr. Bergis Schmidt-Ehry und Ernst Richter

WETZLAR Nachdem das Kaiserreich 1918 den Ersten Weltkrieg verloren hatte und der Kaiser abdankte, entstand in Deutschland ein gesellschaftliches Vakuum.

Überall im Deutschen Reich gründeten sich Arbeiter- und Soldatenräte, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung wieder herzustellen. So auch in Wetzlar. Tausende füllten am 13. November 1918 in den Nachmittagsstunden den Domplatz, um die Novemberrevolution zu diskutieren.

Im Bericht des Wetzlarer Anzeigers heißt es: „Unter außerordentlich großer Beteiligung hat heute Nachmittag die von dem hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat einberufene Volksversammlung stattgefunden. Dichtgedrängte Massen umgaben die mit Tannengrün ausgeschlagene Rednertribüne, vor

Erstmals wurden in Deutschland Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Grundrechte, staatsbürgerliche Gleichstellung der Frau – und damit das Frauenwahlrecht – sowie solidarische sozial- und arbeitsrechtliche Prinzipien in die Verfassung aufgenommen.

Aber mit der Ausrufung der Weimarer Republik traten gleichzeitig auch die erbitterten Feinde der Parlamentarischen Demokratie in die Arena der Politik. In den Behörden und Institutionen des nun demokratischen Staatsapparats arbeiteten nach wie vor die alten und kaisertreuen Richter, Staatsanwälte, Polizisten und Lehrer. Und die meisten von ihnen lehnten die Demokratie ab, wollten am liebsten ihren „alten Kaiser Wilhelm wieder ham!“.

Sie hielten die neuen Verhältnisse für einen Betriebsunfall der Deutschen Geschichte, den man schnellstmöglich wieder beseitigen müsse. Das galt auch für die

kische Schutz- und Trutzbund“, die „Thule-Gesellschaft“ – eine Brutstätte rassistischen Gedankenguts – und die Deutsche Arbeiterpartei (DAP), aus der später die NSDAP hervorgehen wird.

Propagandistisch verwendeten sie die von den gescheiterten Militärs der Obersten Heeresleitung um General von Ludendorff geschaffene „Dolchstoßlegende“ gegen demokratische Politiker. Sozialdemokraten und Kommunisten wurden als „vaterlandslose Gesellen“ für den verlorenen Ersten Weltkrieg verantwortlich gemacht. Ihnen – nicht den Profiteuren – wurden die schrecklichen Lebensbedingungen im Nachkriegsdeutschland angekreidet.

Nach der Auflösung der Militärverbände fühlten sich viele Soldaten verraten

Nicht alle Soldaten hatten sich am Ende des Ersten Weltkrieges den Arbeiter- und Soldatenräten angeschlossen. Nach dem Absetzen der kaisertreuen Generale und der Auflösung der Militärverbände fühlten sich viele Soldaten verraten. Sie hatten für Deutschland gekämpft und erhielten zu Hause weder Arbeit noch Brot.

In diesem Klima gründeten sich paramilitärische Freikorps, die zu einem gravierenden Hindernis des Aufbaus einer demokratisch verfassten Gesellschaft wurden.

Sie schalteten auch im Wetzlarer Anzeiger Werbeanzeigen wie: „Wollt Ihr den Bolschewismus? Dann bleibt



Versammlung auf dem Wetzlarer Domplatz am 13. November 1918, zu der der Arbeiter- und Soldatenrat aufgerufen hatte. „Dichtgedrängte Massen umgaben die Rednertribüne, vor welcher ein rotes Banner flatterte“, schrieb der Wetzlarer Anzeiger. (Foto: Historisches Archiv Wetzlar)

Diese Freikorps bekämpften die Novemberrevolution und ermordeten deren „Rädeleführer“. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden am 15. Januar 1919 von Freikorpsoldaten der Garde-Kavallerie-Schützen-Division getötet.

Politische Instabilität und soziales Elend waren zu Beginn der 1920er Jahre ein idealer Nährboden für die Zukunftsängste der Menschen in der jungen Nachkriegs-Demokratie.

Im März 1920 versuchten rechtsgerichtete Militärs mit einem Putsch (Kapp-Putsch) die Regierung zu übernehmen. Daraufhin riefen

mündlich oder schriftlich zu kommen zu lassen.“

Nur wenige reiche Deutsche erlebten die „goldenen zwanziger Jahre“. Die meisten – auch der hier arbeitenden und wohnenden Menschen – litten Hunger und bittere Armut. In einem monatelangen Streik forderte 1921 der Metallarbeiterverband (DMV) eine Lohnerhöhung von 1,50 RM pro Tag. Der Schlichtungsspruch ergab am Ende 20 – 70 Pfennig mehr Lohn.

Aber der Reichsarbeitsminister erklärte das Schlichtungsergebnis für nichtig und die Arbeiter beschloßen, weiter zu streiken. Empörte Arbeiter zogen vor das Rathaus und forderten, die ausgestellten Passierscheine für Werkmeister zum Betreten der Fabriken wieder einzuziehen.

Am Ende des Arbeitskampfes war das Leben in ganz Wetzlar lahmgelegt

Am Ende des Arbeitskampfes war das Leben in ganz Wetzlar lahmgelegt, weil die Streikenden die Stromversorgung gekappt hatten. 400 Polizisten, die aus Koblenz mit Panzerwagen angelückt waren, beendeten die Betriebsbesetzungen und den Streik unter Androhung von Waffengewalt. 1922 wiederholt sich dieser Verteilungskampf, als 3500 Arbeiter der Buderus'schen Eisenwerke und der Stahlwerke Buderus-Röchling in den Ausstand gingen.

Ab 1922 nahm die Inflation rapide zu. Die Industrieproduktion des Reiches ging auf 47 Prozent zurück. Die

WEG DER ERINNERUNG

Wetzlar 1933 – 1945 – Eine Zeitreise durch die Geschichte des „Dritten Reiches“. Der „Weg der Erinnerung“ thematisiert die Zeit von 1933 bis 1945 und führt zu den Orten, an denen die faschistischen Täter ihren Terror vorbereitet und ausgeführt haben.

Die Führung zeigt, wie die Nazis ihre Gewaltherrschaft auf alle Lebensbereiche derer, die nicht in ihr ideologisches Weltbild passten, ausgeweitet haben und wie diese systematisch ihrer Lebensgrundlagen beraubt, verhaftet, deportiert und vernichtet wurden. Sie zeigt aber auch die Orte und Namen auf, die für Widerstand und Menschlichkeit stehen.

Die etwa dreistündigen Führungen beinhalten eine Route zu 16 Stationen zu Fuß durch die Wetzlarer Innenstadt. Zu Beginn erfolgt ein Einführungsvortrag im Kulturzentrum Franzis.

Öffentliche Führung ist am Sonntag, 23. April, 14 Uhr. Treffpunkt: Kulturzentrum Franzis, Franziskanerstr. 4 – 6, 35578 Wetzlar.

Kosten pro Person: 6 Euro (ermäßigter Preis: 3 Euro). Anmeldung nicht erforderlich, aber möglich unter www.wetzlar-erinnert.de/wde oder ☎ (0 64 41) 92 18 40.

Nächste öffentliche Führung am Sonntag, 29. April 2018. Gruppenführungen 2017: Gruppenführungen für Erwachsene:

120 Euro bei Führungen ohne Unterteilung der Gruppe beim Gang durch die Stadt. 200 Euro bei Führungen mit der Teilung der Gruppe in zwei Untergruppen beim Gang durch die Stadt, für jede weitere Unterteilung weitere 80 Euro. Für Schulklassen und Jugendgruppen pro Führung 60 Euro (für Untergruppen je weitere 50 Euro).

Gruppentermine bitte mindestens 14 Tage vorher vereinbaren. Anfragen und Anmeldung:

WETZLAR ERINNERT e.V. Kontaktperson: Irmtrude Richter, ☎ (0 64 41) 92 18 40. Mail: irmtrude.richter@online.de oder auf www.wetzlar-erinnert.de/wde-gruppe.

An die werktätige Bevölkerung von Stadt und Kreis Wetzlar!

Veranlaßt durch die reaktionäre, politische Umwälzung haben das Gewerkschaftsamt, sowie die beiden „sozialistischen Parteien von Wetzlar den Arbeiterrat neu gewählt und mit der Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterkraft betraut. Von der Behörde sind dem Arbeiterrat die Räume des ehemaligen Arbeitsnachweises zur Verfügung gestellt.

Wir ersuchen daher die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft des ganzen Kreises, uns etwaige Beschwerden, Wahrnehmungen oder sonstige wichtige Mitteilungen sofort mündlich oder schriftlich zukommen zu lassen.

Geöffnet in den Stunden von 8–1 u. von 3–6 Uhr. Telefon 423.

Wiedereinsetzung des Arbeiter- und Soldatenrates nach dem Kapp-Putsch am 13. März 1920. Quelle: Historisches Archiv der Stadt Wetzlar.

welcher ein rotes Banner flatterte, während aus den Fensterreihen ringsum die Blicke zahlreicher Zuschauer auf das ungewohnte Schauspiel gerichtet waren.“

Die Menschen knüpften unterschiedliche Erwartungen und Hoffnungen an diese deutsche Revolution. Am Ende eines widersprüchlich verlaufenden Prozesses stand Anfang 1919 die Ausrufung der Weimarer Republik.

Die acht Wetzlarer Vertreter auf der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung plädierten einhellig für die parlamentarische Demokratie. Hierfür hatten sich der Wetzlarer August Bebel und der Gießener Wilhelm Liebknecht bereits im Kaiserreich eingesetzt – und waren von Bismarck und rechtskonservativen und nationalistischen Gruppen dafür vehement beschimpft, bekämpft und verfolgt worden.

alte Stadt- und Kreisverwaltung in Wetzlar. Sie hinterfragte kontinuierlich die Befugnisse und Kompetenzen des Arbeiter- und Soldatenrates, machte allenfalls einige Konzessionen, wenn ihre Politik der Obstruktion allzu offensichtlich wurde.

Auch in der Wirtschaft blieb es bei den alten Besitz- und Verfügungsrechten über die Produktionsmittel. Daran änderten letztlich auch das Betriebsrätegesetz und die Tarifautonomie nichts. Und der alte Adel und seine Eliten behielten ihren, dem Volk über Jahrhunderte abgepressten Reichtum und Besitz.

Schon im Kaiserreich verfolgte der einflussreiche „Alldutsche Verband“ eine extrem anti-demokratische Politik. Er setzte sich nun für eine „nationale Diktatur“ ein. In seinem Umfeld entstanden militante Organisationen wie der „Deutschvöl-



Werbeanzeige des Freikorps Hülsen, eins von vielen Inseraten, die für den Beitritt ehemaliger Soldaten in die paramilitärischen Freikorps im Wetzlarer Anzeiger warben. Quelle: Historisches Archiv der Stadt Wetzlar.

zu Hause hinter dem Ofen hocken. Wollt ihr Ruhe, Ordnung, inneren Frieden? Dann kommt zu uns und helfe uns bald! Wehrämter des Freikorps Hülsen.“

Reichspräsident Friedrich Ebert, SPD-Minister und SPD-Fraktion, Gewerkschaften sowie die KPD zum Generalstreik auf, um das demokratische parlamentarische System zu bewahren.

Von der Wetzlarer Arbeiterbewegung wurde der „Arbeiterrat“ als Schutzorgan für die bestehende Ordnung und die sozialen Errungenschaften wiedererweckt. Im Wetzlarer Anzeiger vom 20. März 1920 findet sich folgende Anzeige: „An die werktätige Bevölkerung von Stadt und Kreis Wetzlar“: Veranlaßt durch die reaktionäre, politische Umwälzung haben das Gewerkschaftskartell, sowie die beiden sozialistischen Parteien von Wetzlar den Arbeiterrat neu gewählt und mit der Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterschaft betraut. Von der Behörde sind dem Arbeiterrat die Räume des ehemaligen Arbeitsnachweises zur Verfügung gestellt. Wir ersuchen daher die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft des ganzen Kreises, uns etwaige Beschwerden, Wahrnehmungen oder sonstige wichtige Mitteilungen sofort

Bekanntmachung.

Der Arbeiter- und Soldatenrat ist heute zusammengetreten und hat die Sorge für Aufrechterhaltung der Ordnung in Stadt und Land und Kreis Wetzlar übernommen. Im größten Interesse wird die Einwohnererschaft ersucht, den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates Folge zu leisten.

Den aus Bürgern, Soldaten und Polizeibeamten zusammengefügten Patrouillen, die äußerlich durch eine weiße Armbinde kenntlich sind, ist unbedingt Folge zu leisten. Bis auf Weiteres dürfen von abends 9 Uhr bis morgens 7 Uhr Privatpersonen, mit Ausnahme von Arbeitern, die zur Schicht oder sonst der Schicht kommen, sich zwecklos auf der Straße nicht aufhalten. Zuwiderhandlungen werden unmissverständlich bestraft.

Wer beim Raufen und Plündern angetroffen wird, wird standrechtlich erschossen. Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse wird die Bürgererschaft dringend ersucht, sich diesen Anordnungen zu fügen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat (Kleiner Rathausaal):

J. H.

Faust, Lehmer, Kopp, Mainger, Poppe, Tesch, Schneider, Heinrichshofen, Bed, Mouton.

für das Garnisonkommando:

für des Bürgermeistersamt:

für den Landrat:

J. H.
Kapproth.

J. H.
Dr. Formier.

J. H.
Coers.

Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrates zur „Aufrechterhaltung der Ordnung in Stadt und Land und Kreis Wetzlar“ am 12. Nov. 1918. Entgegengezeichnet vom Bürgermeister Dr. Formier, der jedoch die Kompetenzen des Rates immer wieder in Zweifel zog. Quelle: Historisches Archiv der Stadt Wetzlar.

Auf zum Generalstreik!

An alle Arbeiter, Angestellte u. Beamte Männer und Frauen!

Die militärische Reaktion hat ihr Haupt von neuem gele. Demnach angewandt. Die Reaktionäre haben in Wetzlar die Gewalt an sich geübt. Arbeiterverfassung und die Sozialistische Bewegung sind durch die Reaktionäre zerstört. Die Arbeiter müssen sich sofort zur Wehr setzen und die Reaktionäre vernichten. Die Arbeiter müssen sich sofort zur Wehr setzen und die Reaktionäre vernichten. Die Arbeiter müssen sich sofort zur Wehr setzen und die Reaktionäre vernichten.

Die deutsche Republik ist in Gefahr

Die deutsche Republik ist in Gefahr. Die Arbeiter müssen sich sofort zur Wehr setzen und die Reaktionäre vernichten. Die Arbeiter müssen sich sofort zur Wehr setzen und die Reaktionäre vernichten. Die Arbeiter müssen sich sofort zur Wehr setzen und die Reaktionäre vernichten.

Aufruf zum Generalstreik des allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AfA) am 13. März 1920 als Reaktion auf den Kapp-Putsch.

ANSPRECHPARTNER

„Damals“ Nummer: 875

Kontakt:
Redaktion Weibull
Marktplatz 1
35772 Weibull

☎ (0 64 71) 93 80 29
redaktion.wl@mittelhessen.de